Die Halbzeitwahlen 2022 in den USA: Ein Referendum gegen Trump und das Abtreibungsurteil des Obersten Gerichts

Patrick Horst

Zusammenfassung:
Bei den Halbzeitwahlen 2022 in den USA haben die Demokraten besser als erwartet abgeschnitten. Die erwartete „rote Welle" blieb aus, weil die Amerikaner sich gegen die Kandidaten Trumps und das Abtreibungsurteil des Obersten Gerichts aussprachen. Die Republikaner gewannen die Wahl zum Repräsentantenhaus aufgrund des traditionellen Halbzeiteffektes, der die Partei des Präsidenten bestraft, dennoch knapp. Im Senat konnten die Demokraten ihre Mehrheit um einen Sitz ausbauen; auch die einzelstaatlichen Wahlen und die Volksabstimmungen über das Abtreibungsrecht gewannen sie. Die zwischen Demokraten und Republikanern zukünftig geteilte Regierung lässt für die kommenden zwei Jahre innenpolitisch die Pflege des Erreichten und außenpolitisch Kontinuität erwarten.

1. Einleitung

Bei den Halbzeitwahlen („Midterm Elections") in den USA wurden ein Drittel des Senats, das gesamte Repräsentantenhaus, 36 Gouverneure und 88 einzelstaatliche Legislativkammern sowie eine Reihe weiterer Ämter vom US-amerikanischen Volk gewählt, das darüber hinaus auch in zahlreichen Einzelstaaten über Sachfragen abstimmte. Der Präsident stand an diesem nationalen Wahltag nicht auf dem Wahlzettel. Dennoch urteilten die Wähler in den Halbzeitwahlen, wie der Name schon anklingen lässt, auch über seine Bilanz zur Hälfte der Amtszeit. Dieses Urteil fällt in der Regel schlecht bis katastrophal aus: Seit dem Ende des Amerikanischen Bürgerkrieges vor mehr als 150 Jahren gewann die Partei des Präsidenten überhaupt nur dreimal Sitze in der Ersten Kammer des Kongresses hinzu – 1934, als Präsident Roosevelt für seinen

Dr. Patrick Horst
bis April 2022 Akademischer Oberrat am Nordamerikastudienprogramm der Universität Bonn

Gesellschaft • Wirtschaft • Politik (GWP) 71. Jahrg., Heft 1/2023, S. 78-89 www.budrich-journals.de
https://doi.org/10.3224/gwp.v72i1.08

„New Deal“ belohnt wurde, 1998 unter dem Eindruck des bevorstehenden Amtsenthebungsverfahrens gegen Präsident Clinton und 2002, als die Amerikaner nach den Anschlägen des 11. Septembers Präsident George W. Bushs „War on Terror“ unterstützten. In allen anderen Jahren wurde die Partei des amtierenden Präsidenten abgestraft – mit einem durchschnittlichen Sitzverlust im Repräsentantenhaus von 27 Sitzen seit 1946. In Trumps ersten und einzigen „Midterms“ vor vier Jahren verloren die Republikaner 42 Sitze im Repräsentantenhaus (Horst 2019), Obamas Demokraten büßten 2010 sogar 64 Sitze ein. Im Senat ist der Halbzeiteffekt mit einem Verlust von durchschnittlich vier Sitzen seit 1946 aufgrund der längeren Amtszeit der Senatoren, ihrer gestaffelten Wahl (nur ein Drittel wird alle zwei Jahre gewählt) und ihrer größeren politischen Unabhängigkeit geringer ausgeprägt. In sechs der 19 Halbzeitwahlen nach dem Zweiten Weltkrieg konnte die Partei des Präsidenten ihren Sitzanteil im Oberhaus sogar halten oder leicht ausbauen (Vital Statistics: Table 2-4).

Vor dem Hintergrund dieser gesetzmäßigen Verluste zur Halbzeit einer Präsidentschaft grenzte es fast schon an eine Sensation, dass 2022 die erwartete „rote Welle“ der Republikaner ausblieb. Nur knapp gewannen sie die Mehrheit im Repräsentantenhaus, während sie im Senat sogar einen Sitz in Pennsylvania an die Demokraten verloren und weiterhin in der Minderheit verblieben. Bei den einzelstaatlichen Gouverneurs- und Legislativwahlen sowie bei den Volksabstimmungen über die Frage des Abtreibungsrechts in sechs Einzelstaaten fanden sich die Republikaner ebenfalls auf der Verliererseite wieder, was die Frage aufwirft, wie sich diese Ergebnisse erklären lassen. Handelt es sich bei dem „Gesetz des Halbzeitverlustes“ (Rudalevige 2022: 20) um ein unzureichendes Erklärungsmodell oder überlagerten 2022 außergewöhnliche Faktoren und Ereignisse die gewöhnlichen Halbzeiteffekte? Auffällig war, dass die Fragen nach der politischen Zukunft des ehemaligen Präsidenten Donald Trump und der Zukunft der US-Demokratie einen breiten Raum im Wahlkampf einnahmen. Auch das historische Urteil des Obersten Gerichts vom Juni, welches das fünf Jahrzehnte lang geltende Abtreibungsrecht in den USA widerrief, könnte insbesondere für viele Wählerinnen ein entscheidender Faktor ihrer Wahlmobilisierung und -entscheidung gewesen sein. Diese und andere Faktoren könnten dazu geführt haben, dass die wirtschaftliche Rezession in der ersten Jahreshälfte 2022 und die bis zum Juni auf Rekordniveau ansteigende Inflationsrate, die sich beide in einer historisch schlechten Zustimmungsrate des Präsidenten widerspiegelten, nicht wie erwartet auf die Wahlentscheidung durchschlugen. Welche innen- und außenpolitischen Schlussfolgerungen aus dieser für Präsident Biden und die Demokraten besser, für die Republikaner dagegen schlechter als erwartet verlaufenen Wahl gezogen werden können, soll am Ende dieses Aufsatzes kurz in den Blick genommen werden. Der Fokus richtet sich dabei auf die Konstellation des geteilten Regierens in den kommenden zwei Jahren und das transatlantische Verhältnis.